

Jenseits sozialer Klassen?

Eine empirische Überprüfung der Individualisierungsthese am Beispiel von Ungleichheitseinstellungen und Wahlverhalten

Beyond Social Class?

An Empirical Investigation of the Validity of the Individualization Thesis in the Context of Attitudes toward Inequality and Voting Behavior

Thomas Lux¹

Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Postfach 330440, 28334 Bremen, Germany
thomas.lux@zes.uni-bremen.de

Zusammenfassung: Die vorliegende Arbeit untersucht empirisch das Zutreffen der Individualisierungsthese auf der Bewusstseins- und der Handlungsebene, indem auf der Grundlage der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) für Westdeutschland die Entwicklung der Klassenspezifität von Ungleichheitseinstellungen und des Wahlverhaltens in den Jahren 1984, 1994 und 2004 untersucht wird. Hierbei zeigt sich, dass sich die Ungleichheitseinstellungen zunehmend von den Klassenzugehörigkeiten entkoppelt haben. Keine Entkopplung konnte hingegen für das Wahlverhalten festgestellt werden. Damit legen diese Ergebnisse nahe, dass Individualisierungsprozesse im sozio-politischen Bereich eher die Bewusstseinssebene erfasst haben, weniger hingegen die Handlungsebene.

Schlagerworte: Individualisierung; Ulrich Beck; Wahlverhalten; Einstellungen; Soziale Ungleichheit; Klasse; ALLBUS.

Summary: This study analyzes the validity of the individualization thesis on the levels of consciousness and action by investigating how class-specificity of attitudes and of voting behavior developed in West Germany over the years 1984, 1994, and 2004 using data from the basis of The German General Social Survey (ALLBUS). The results indicate that the influence of social class on attitudes toward social inequality has declined over time, while a parallel decrease in class-specific voting behavior is absent. These findings suggest that individualization in the socio-political area takes place at the level of consciousness rather than at the level of behavior.

Keywords: Individualization; Ulrich Beck; Voting Behavior; Attitudes; Social Inequality; Class; ALLBUS.

1. Einleitung

Seit einem Vierteljahrhundert wird in der deutschsprachigen Soziologie Ulrich Becks Individualisierungsthese diskutiert, welche das Auseinander-treten von Ungleichheitsstruktur (Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit) auf der einen Seite und den subjektiven Erfahrungen (Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsweisen) auf der anderen Seite behauptet.² Diese Diskussionen haben eine ganze Reihe von empirischen Analysen hervorgebracht, die sich mehr oder weniger explizit auf das Becksche

Theorem beziehen und von der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit (Pape et al. 2008) und dem Wahlverhalten (Schnell & Kohler 1998) bis hin zu Heiratsverhalten (Wirth & Lüttinger 1998), Elternschaft (Burkart 1998) und kulturellem Konsum (Otte 2010) reichen. Trotz dieser zahlreichen Studien ist die Frage, ob die Individualisierungsthese empirisch zutrifft, noch nicht hinreichend geklärt. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass sich diese These erstens in ihrer pauschalen Formulierung empirischen Analysen weitgehend sperrt, zweitens selten mehrere zusammenhängende subjektive Dimensionen gleichzeitig systematisch untersucht werden und drittens die Frage der Gültigkeit der Individualisierungsthese in Zeiten sich verschärfender objektiver Ungleichheitsverhältnisse nicht hinreichend geklärt ist. Der vorliegende Aufsatz will diese drei Problem-bereiche näher beleuchten und am Beispiel der

¹ Für wertvolle Hinweise danke ich Simone Scherger und zwei anonymen Gutachtern dieser Zeitschrift.

² Eine Auseinandersetzung mit der Beckschen Individualisierungsthese findet mittlerweile auch in Großbritannien statt (Atkinson 2007; Beck 2007).

Wahrnehmung sozialer Ungleichheit (Bewusstseins-ebene) und des Wahlverhaltens (Handlungsebene) in Westdeutschland in den Jahren 1984, 1994 und 2004 empirisch untersuchen. Dazu wird im folgenden Abschnitt die Becksche Individualisierungsthese kurz referiert und es werden die grundsätzlichen Probleme ihrer empirischen Überprüfung aufgezeigt (2.). Es folgen eine Darstellung des Forschungsstandes zu den zwei genannten Bereichen und die Hypothesengenerierung (3.), die Operationalisierung der theoretischen Konzepte sowie eine Beschreibung der herangezogenen Daten und der verwendeten Methoden (4.), um schließlich die empirischen Ergebnisse zu berichten (5.) und in einer Schlussbetrachtung zusammenfassend zu diskutieren (6.).

2. Die Individualisierungsthese

Den Ausgangspunkt der Individualisierungsthese bildet die Feststellung, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in der BRD seit dem Ende des zweiten Weltkrieges durch den Anstieg des Einkommens- und Bildungsniveaus drastisch verändert haben, wobei jedoch die Ungleichheitsrelationen konstant geblieben sind. Durch diese Niveauverschiebung („Fahrstuhleffekt“) – wie auch durch weitere Entwicklungen wie die Ausweitung sozialstaatlicher Sicherungssysteme, die Auflösung schicht- bzw. klassenhomogener Wohnviertel oder die Zunahme sozialer Mobilität – wurden Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen und Lebenswegen ausgelöst, die den Realitätsgehalt von Klassen- und Schichtmodellen zunehmend in Frage stellen (Beck 1983: 36).³ Es geht Beck mit seiner These also nicht um die Nivellierung von Ungleichheiten, sondern um das Fragwürdigwerden des in klassischen Ungleichheitskonzepten unterstellten Nexus von Strukturebene (objektive Lebenslagen/Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit) und Bewusstseins- und Handlungsebene (Beck 2007; kritisch zu diesem unterstellten Nexus: Vester 2010). Ein solcher Individualisierungsprozess hat nicht nur Konsequenzen für die einzelnen Akteure, sondern auch für die Gesellschaft und für die wissenschaftliche Gesellschaftsbeobachtung.

Für die *Akteure* entstehen neue Freiheiten jenseits traditioneller Verbindlichkeiten. Die Zahl der

Handlungsoptionen, die dem Einzelnen durch finanzielle, kognitive oder moralisch-normative Barrieren versperrt sind, nimmt immer weiter ab und es entwickelt sich ein weites Feld pluralisierter Möglichkeiten, das der individuellen Gestaltung offen steht (Beck & Beck-Gernsheim 1994: 16f.). Mit dieser Freisetzung aus traditionellen Bindungen (Freisetzungsdimension) gehen aber auch entlastende Handlungsroutrinen verloren (Dimension des Stabilitätsverlustes) und „neue“, abstraktere Abhängigkeiten gewinnen an Relevanz, so z. B. vom Sozialstaat oder Arbeitsmarkt (Dimension der Re-Integration; Beck 1986: 206f.). Dabei führt der individualisierende Zuschnitt dieser „neuen“ Inklusionsbereiche⁴ – verbunden mit der Auflösung der lebensweltlichen Klassenmilieus, die quasi als Puffer zwischen gesellschaftlichen Makrostrukturen und Individuum fungierten –, zu einer neuen Unmittelbarkeit von Individuum und Gesellschaft in dem Sinne, dass Kollektivschicksale immer weniger als solche erfahrbar sind (Beck 1983: 57). Gesellschaftliche Problemlagen und Überforderungen wandern auf diese Weise gleichsam in das Individuum hinein (Koppetsch 2010).

Auf *gesellschaftlicher Ebene* wird es immer unwahrscheinlicher, dass auf der Basis gemeinsamer materieller Ungleichheitslagen dauerhafte Zusammenschlüsse zur kollektiven Problembearbeitung entstehen. An die Stelle solcher Zusammenschlüsse treten mehr und mehr punktuelle, situations- und themenspezifische Koalitionen, die über Ungleichheitsgrenzen hinweg bestehen und stark von periodischen (massenmedialen) Unsicherheitskampagnen geprägt sein können. Das hat erhebliche Konsequenzen für das politische System, denn neben der Entstehung neuer sozialer Bewegungen verlieren „die klassischen Zuordnungen von sozialen Klassendifferenzierungen und Wählerpräferenzen für bestimmte politische Parteien ihre Stabilität und prognostische Verbindlichkeit“ (Beck 1983: 57; Herv. weggel.).

Für die *wissenschaftliche Gesellschaftsbeobachtung* bedeutet Individualisierung schließlich, dass angesichts der Entkopplung lebensweltlicher Merkmale von sozialstrukturellen Gegebenheiten und des da-

³ Beck benutzt die Begriffe Klasse und Schicht häufig in einem Atemzug, wengleich er an einigen Stellen durchaus zwischen ihnen unterscheidet. Im vorliegenden Aufsatz wird nur auf die Klassenzugehörigkeit eingegangen, weil Klassenkonzepte im Allgemeinen einen größeren Erklärungsanspruch besitzen.

⁴ „Das entscheidende Kennzeichen dieser modernen Vorgaben ist, daß das Individuum sie [...] im eigenen Handeln in die Biographie hereinholen muß. Das hat wesentlich damit zu tun, daß die traditionellen Vorgaben oft rigorose Handlungsbeschränkungen [...] beinhalteten [...]. Dagegen sind die institutionellen Vorgaben der modernen westlichen Gesellschaft eher Leistungsangebote bzw. Handlungsanreize“ (Beck & Beck-Gernsheim 1994: 12).

bei entstehenden „Gewiesel[s] individualisierter Lebensführungen“ (Beck & Beck-Gernsheim 1994: 31) eine theoretische Verknüpfung von Struktur-, Bewusstseins- und Handlungsebene nicht (mehr) ohne Weiteres möglich ist. Da gerade dies aber einen Kernbestandteil von Klassen- und Schichtkonzeptionen darstellt (Geißler 1998: 207; Hagelstange 1998: 27; Zerger 2000: 23), fordern Individualisierungstheoretiker eine Verabschiedung von solchen Konzepten und eine Hinwendung zu einer „individuumorientierte[n] Soziologie“ (Beck & Beck-Gernsheim 1994: 26). Diese Forderung wird von Klassen- und Schichttheoretikern kritisiert, weil dadurch nach wie vor bestehende objektive Ungleichheiten zunehmend aus dem Blick geraten würden (Geißler 1996; Gellert 1996).

Neben dieser Gefahr der potenziellen ideologischen Verklärung bestehender sozialer Ungleichheit existieren jedoch weitere Probleme, die sich zum einen aus der recht unpräzisen Formulierung, zum anderen aus der Vielschichtigkeit der Individualisierungsthese ergeben und die von empirischen Überprüfungsversuchen berücksichtigt werden müssen.

1. Die Multidimensionalität von Individualisierung: Da Individualisierung über die Dimensionen Freisetzung, Stabilitätsverlust und Re-Integration sowohl Pluralisierungs- als auch neue Standardisierungsaspekte umfasst, können im Prinzip sowohl Befunde der zunehmenden Verschiedenartigkeit von Handlungsergebnissen als auch Befunde der abnehmenden Verschiedenartigkeit für die Individualisierungsthese sprechen.

2. Die Berücksichtigung vieler lebensweltlicher Bereiche: Es bleibt unklar, ob sich die Individualisierungsprozesse auf alle lebensweltlichen Bereiche (also kulturelle Präferenzen, Elternschaft etc.) beziehen oder ob bestimmte Bereiche ausgeschlossen bleiben und in welcher zeitlichen Abfolge einzelne Bereiche individualisiert werden.

3. Die subjektive Zurechnung: Die ersten beiden Problematiken werden zusätzlich dadurch verschärft, dass in jedem Lebensweltbereich und auf jeder Dimension die subjektive Perspektive des Handelnden berücksichtigt werden müsste, denn auch traditionelle Handlungen können unter individualistischen Vorzeichen von individualisierten Akteuren ausgeführt werden (Beck 2001: 4; Zinn 2002).

4. Der zeitliche Geltungsbereich: Die von Beck beschriebenen Individualisierungsprozesse beginnen ungefähr in den 1960er Jahren. Die gesamte Zeit davor wird als Kontrastfolie hoher Standardisierung angesehen. Es ist jedoch durchaus möglich –

und teilweise tatsächlich der Fall (Scherger 2007) –, dass die Zeit unmittelbar vor dem Einsetzen dieser Prozesse (1950er Jahre) als historische Ausnahme gelten kann und die Zeit davor bereits durch Pluralität geprägt war (wenn auch unter anderen Bedingungen).

5. Der räumliche Geltungsbereich: Die Individualisierungsthese bezieht sich v. a. auf die westdeutsche Gesellschaft, soll aber für alle westlichen Industriegesellschaften gelten. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit hier – durch nationale Kulturen, historische Entwicklungen, strukturelle Gegebenheiten oder ethnische Zusammensetzungen – länderspezifische Eigenheiten bestehen, welche die Individualisierungsprozesse konterkarieren oder modifizieren.

6. Der soziale Geltungsbereich: Die von Beck beschriebene Individualisierung zeichnet sich gerade dadurch aus, dass es zu einer Demokratisierung von Individualisierungsprozessen kommt, dass diese Prozesse also sämtliche sozialen Klassen erfassen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass bestimmte Personengruppen stärker individualisiert sind als andere (Burkart 1998).

Die aufgezeigten Problembereiche machen deutlich, wie schwierig sich eine umfassende Überprüfung der Individualisierungsthese gestaltet. Es ist deshalb notwendig, genau zu spezifizieren, auf welche Aspekte sich der jeweilige Überprüfungsversuch konzentriert und welche Aspekte nur am Rande oder gar nicht berücksichtigt werden. Zudem ist zu fragen, welche Effekte auftreten, wenn wichtige individualisierungsinduzierende Faktoren – wie beispielsweise der lebensstandardsichernde Sozialstaat – so nicht mehr existieren.

3. Die Individualisierung von Ungleichheitseinstellungen und Wahlverhalten

Die nachfolgenden Analysen untersuchen die Entwicklung der Klassenstrukturierung in den Bereichen Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Wahlverhalten simultan anhand der Daten des ALLBUS für die Jahre 1984, 1994 und 2004 in Westdeutschland. Damit werden wichtige Implikationen, die sich aus der Individualisierungsthese ergeben, auf der Bewusstseins- (Einstellungen) und Handlungsebene (Wahlverhalten) überprüft. Beide Bereiche sind für die soziologische Ungleichheitsforschung von besonderer Bedeutung, weil hier die emanzipativen und gesellschaftsverändernden Potenziale benachteiligter sozialer Klassen liegen.

Da sich die meisten empirischen Studien zur Entkopplung von sozialen Klassen und Ungleichheitsbewertungen bzw. von sozialen Klassen und Wahlverhalten auf das Klassenkonzept von Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP-Klassenschema: Erikson et al. 1979; Erikson & Goldthorpe 1992) beziehen, soll dieses im Folgenden kurz vorgestellt werden. Im Anschluss erfolgen die Darstellung des bisherigen Forschungsstandes und die Generierung der Hypothesen.

3.1 Exkurs: EGP-Klassenschema

Im Gegensatz zur klassischen Klassenkonzeption bei Karl Marx geht das EGP-Klassenschema davon aus, dass die Dichotomisierung der Bevölkerung in Arbeitgeber (Produktionsmittelbesitzer) und Arbeitnehmer (Produktionsmittellose) den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird, da die meisten großen Arbeitgeber heutzutage Organisationen sind und sich die Einkommens- und Karrierechancen der Arbeitnehmer dermaßen ausdifferenziert haben, dass sich für diese kaum noch einheitliche Interessen ergeben (vgl. Erikson & Goldthorpe 1992: 35–47).

In Anbetracht dieser Veränderungen unterscheidet das EGP-Schema in einem ersten Schritt zwischen Arbeitgebern, Selbstständigen und Arbeitnehmern.⁵ Die bedeutsamere Differenzierung trifft das Klassenschema jedoch bei den Arbeitnehmern, bei denen zur Unterscheidung das Kriterium der Beschäftigungsbeziehungen (employment relations) herangezogen wird. Hier werden die Arbeitnehmer danach klassifiziert, ob sie in einer Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung (AG-AN-Beziehung) oder in einer Dienstbeziehung stehen. In einer AG-AN-Beziehung findet dabei typischerweise ein Austausch von Arbeitskraft gegen Lohn statt, der sich nach der produzierten Stückzahl und der geleisteten Arbeitszeit richtet. Arbeitnehmer unterliegen in einer solchen Beziehung einer starken Kontrolle durch den Arbeitgeber und besitzen kaum Autonomie. In einer Dienstbeziehung hingegen besteht die Notwendigkeit, eine abstraktere Arbeitsleistung zu erbringen, die mehr Autonomie erfordert und weniger gut überwacht werden kann. Damit die Be-

schäftigten im Rahmen dieser Autonomie eine ausgeprägte Motivation und Loyalität entwickeln, werden sie typischerweise besser entlohnt als Beschäftigte in AG-AN-Beziehungen, haben eine höhere Beschäftigungssicherheit und verfügen über bessere Aufstiegschancen.⁶ Als Konsequenz sollten sich diese Beschäftigten stark mit den Zielen der beschäftigenden Organisation identifizieren und konservative (ihre Vorteile sichernde) Einstellungen aufweisen. Da diese Unterscheidung idealtypisch ist und durchaus auch Mischtypen vorkommen können, ist im EGP-Schema ebenfalls eine Mischkategorie vorhanden, die sowohl Merkmale der AG-AN-Beziehung als auch der Dienstbeziehung aufweist. Für alle drei Klassen der Arbeitnehmer (AG-AN-Beziehungen, Dienstbeziehungen und Mischtypen) wie auch für die Arbeitgeber finden sich zudem weitere Differenzierungen nach oberen und unteren Rängen. Das so entwickelte Klassenschema sollte zum einen – über die unterschiedlichen Markteinkommen – divergente objektive Lebensbedingungen abbilden können und zum anderen – über die unterschiedlichen Loyalitätslevel (und Markteinkommen) – divergente Einstellungen und Verhaltensweisen erfassen.

3.2. Forschungsstand

In der vorliegenden Untersuchung wird die Klassenstrukturierung der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und des Wahlverhaltens *simultan* untersucht, da Klassentheorien (oft) von einem Konnex von Ungleichheitslage einerseits und Bewusstseins- und Handlungsebene andererseits ausgehen. Zudem können Individualisierungsprozesse die einzelnen Bereiche unterschiedlich stark erfassen, wodurch es in den verschiedenen Bereichen zu unterschiedlichen Entwicklungen kommen kann. Studien mit einer vergleichbaren Anlage sind in Deutschland selten und können nur mit Einschränkungen auf die hier aufgeworfenen Fragen übertragen werden. So untersucht Zerger (2000) zwar simultan beide hier benannten Bereiche, legt seine Analyse jedoch nicht zeitlich vergleichend an, sondern als einen Vergleich der Erklärungskraft von unterschiedlichen Ungleichheitskonzepten: dem Klassenkonzept und dem Milieukonzept. Eine simultane *und* zeitvergleichende Analyse hat Müller (1993) unternommen. Seine Ergebnisse, die eher für eine anhaltende Klassenstrukturierung der Bewertung sozialer Ungleich-

⁵ Arbeitgeber: „those who buy the labour of others and thus assume some degree of authority and control over them“ (Erikson & Goldthorpe 1992: 37); Selbstständige: „those who neither buy the labour of others nor sell their own“ (ebd.); Arbeitnehmer: „those who sell their labour to employers and thus place themselves to some degree under their authority and control“ (ebd.: 40).

⁶ Goldthorpe (2000) weist darauf hin, dass auch die spezifische Ausstattung mit Humankapital einen Grund für diese Privilegierung darstellt.

heit und des Wahlverhaltens sprechen, sind allerdings nicht mehr aktuell. Beide Studien zeigen sowohl kritischere Bewertungen als auch eine große Wahrscheinlichkeit der Wahl der SPD bei Akteuren, die in einer AG-AN-Beziehung beschäftigt sind. Darüber hinaus existieren zahlreiche Untersuchungen, die sich jeweils einem der angesprochenen Untersuchungsbereiche zuwenden. In Bezug auf *Einstellungen zu sozialer Ungleichheit* weisen die empirischen Studien auf verschiedene Dimensionen hin, in denen diese Einstellungen ihren Ausdruck finden (z. B. Delhey 1999; Haller et al. 1995; Mau 1997; Noll & Christoph 2004). Zudem können kritische Einstellungen in den verschiedenen Dimensionen unterschiedlich stark ausgeprägt sein und sich auch in unterschiedliche Richtungen entwickeln (Noll & Christoph 2004). Aktuelle Untersuchungen darüber, wie sich die Klassenstrukturierung im Zeitverlauf ändert, liegen kaum vor. Die oben angesprochene Studie von Müller (1993) zeigt ebenso wie eine Analyse von Evans (1993) für Großbritannien zumindest für die 1980er Jahre eine weitgehende Konstanz in der Klassenstrukturierung zahlreicher Ungleichheitsdimensionen, wobei vor allem die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen kritische Einstellungen aufweisen. Eine Entstrukturierung kann allerdings für die Sorge um den Arbeitsplatz festgestellt werden: Hier zeigt sich für die Zeit von 1984 bis 2007 in Westdeutschland, dass die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen geringer geworden sind und sich vor allem die mittleren Klassenlagen den Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen, die sich am meisten Sorgen machen, angenähert haben (Lengfeld & Hirschle 2009). Da diese Entwicklung nicht gänzlich über die Veränderung objektiver Bedingungen erklärt werden kann, wird sie von den Autoren als „Spill-Over“-Effekt interpretiert, der sich darin zeigt, „dass die Angehörigen der Mittelschicht – obgleich nicht objektiv betroffen – die Verschlechterung der Lage in anderen Schichtsegmenten, vor allem in den unteren, als Bedrohung für die eigene soziale Stellung interpretieren“ (ebd.: 380).

Für das *Wahlverhalten* zeigen international vergleichende Studien einen Rückgang der Klassenstrukturierung in zahlreichen westlichen Ländern – darunter auch Deutschland – für die Jahre 1945 bis 1990 (Nieuwebeerta & Ultee 1999) bzw. in den Jahren 1966 bis 1998 (Nieuwebeerta & Manza 2002). Dieses Ergebnis wird für Westdeutschland im Zeitraum von 1953 bis 1992 von Schnell & Kohler (1998) bestätigt. Zu anderen Einschätzungen gelangt hingegen Müller (1998), der die empirische Diagnose der abnehmenden Klassenspaltung des Wahlverhaltens als Artefakt einer unzeitgemäßen Operationali-

sierung wertet. Nach Müller ist es notwendig, die Beschäftigten in Dienstbeziehungen stärker zu differenzieren, weil diese Gruppe sehr heterogen ist und in den vergangenen Jahrzehnten zahlenmäßig anwuchs. Müller führt deshalb eine horizontale Differenzierung ein, indem er besagte Beschäftigte danach unterscheidet, ob sie delegierte Autorität ausüben oder mit ihrer Expertise arbeiten. Ersterer (Administrative Dienste⁷) sind „definiert durch ihre Teilhabe an der Macht innerhalb der Befehlsstruktur der Beschäftigungsorganisation“ (ebd.: 8). Von ihnen ist „ein ungeteilt hohes Maß an Loyalität mit der Organisation zu erwarten“ (ebd.). Demgegenüber haben letztere (Experten⁸ und Soziale Dienste⁹) „nicht nur die beschäftigende Organisation als Bezugspunkt, sondern auch ihren Berufsstand“ (ebd.). Sie sollten sich deshalb weniger stark mit der Organisation und ihren Zielen identifizieren, sondern vielmehr mit den Normen ihrer Professionen. Zudem bringen „der Austausch mit Klienten und die entsprechenden Sorgenormen die Mitglieder [...] [der sozialen Dienste] in eine Lage, in der sie eher auf soziale Belange ansprechen sollten“ (ebd.). Unter der Anwendung dieses modifizierten EGP-Klassenschemas in Westdeutschland für die Jahre 1980 bis 1994 kann Müller nur geringe zeitliche Veränderungen der Klassenstrukturierung des Wahlverhaltens feststellen. Diese werden als Kohorteneffekt interpretiert, bei dem sich – auf Grund veränderter programmatischer Parteienangebote (Öffnung der SPD für die „neue Politik“ in den 1970ern; Etablierung der Grünen in den 1980ern) – die Experten und die Angehörigen der sozialen Dienste in der Generationenabfolge der SPD und den Grünen zuwenden, während die Akteure in AG-AN-Beziehungen konstant besonders stark der SPD zugeneigt und den Grünen abgeneigt sind (ebd.: 30ff.). Die Beschäftigten in den Dienstbeziehungen besitzen also keine einheitlich konservative Wahlpräferenz, sondern unterscheiden sich auf Grund ihrer Handlungslogik sehr stark voneinander.

Darauf, dass die Diagnose der abnehmenden Klassenspaltung des Wahlverhaltens auch durch eine unzureichende Konzeption der Wahlalternativen erzeugt sein kann, macht Gattig (2006) aufmerksam, indem er die Nichtwahl als Option des Ausdrucks politischer Präferenzen explizit berücksichtigt.

⁷ Beschäftigte in höheren Verwaltungsfunktionen.

⁸ Professionelle und semi-professionelle Berufe in Natur- und Wirtschaftswissenschaften.

⁹ Beschäftigte in medizinischer Versorgung, Bildung, Sozialarbeit, Kultur.

Denn wenn „das politische Angebot wenig Möglichkeiten zur Klassenwahl bietet, sollte [...] das Ausmaß an Klassenwahlverhalten gering, der Einfluss der Klassenlage auf die Wahlbeteiligung jedoch höher sein“ (ebd.: 511). Seine empirischen Ergebnisse für Westdeutschland von 1948 bis 2002 sprechen tatsächlich für eine teilweise Substitution der Klassenstrukturierung des Wahlverhaltens durch eine Klassenstrukturierung der Wahlenthaltung.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass empirische Befunde, die sich auf die Veränderung der Klassenstrukturierung der Ungleichheitseinstellungen und des Wahlverhaltens beziehen, aktuell nicht vorliegen. Deutlich ist allerdings, dass entsprechende Analysen mit einem Klassenschema arbeiten sollten, das den Veränderungen in der Heterogenität und Größe bestimmter Gruppen gerecht wird. Überdies ist es notwendig, die Nichtwahl als Wahlalternative und die programmatische Entwicklung der Parteien explizit zu berücksichtigen.

3.3 Hypothesen

Die von Beck beschriebenen Individualisierungsprozesse sind – wie oben bereits angesprochen – an bestimmte strukturelle Bedingungen gekoppelt: an den Fahrstuhleffekt des Einkommens und der Bildung, die Steigerung von sozialer Mobilität, die Ausweitung sozialstaatlicher Sicherungs- und Steuerungssysteme, die Lockerung von Bekanntschafts- und Nachbarschaftsverhältnissen, die Verstärkung von Binnendifferenzierungen in Statushierarchien, die Ausweitung der Erwerbsbevölkerung und das Absinken der Erwerbsarbeitszeit (Beck 1983: 38–40). Diese Bedingungen wirken als Komplex und es bleibt unklar, welche Konsequenzen es hat, wenn einige dieser Bedingungen nicht mehr gegeben sind. Denkbar wären diesbezüglich verschiedene Szenarien: Zum einen könnten sich Individualisierungsprozesse abschwächen und soziale Klassen könnten größere lebensweltliche Relevanz (zurück)gewinnen; zum anderen könnte sich Individualisierung als kulturelles Zuschreibungsmuster (Wohlrab-Sahr 1997) bereits so stark institutionalisiert haben, dass keine Abschwächung oder gar Umkehr der Individualisierungsdynamik stattfindet. Um die historische Entwicklung dieser individualisierungsinduzierenden Faktoren zumindest teilweise im Blick zu haben, werden im Folgenden – bevor die forschungsleitenden Hypothesen entwickelt werden – einige Ausführungen zu einem besonders wichtigen Faktor getroffen: der Entwicklung des Einkommens. Des Weiteren wird die

programmatische Entwicklung der Parteien im Untersuchungszeitraum kurz skizziert. Eine Rekonstruktion weiterer Veränderungen ist an dieser Stelle nicht möglich.

3.3.1 Historische Veränderungen im Bedingungsgefüge von Individualisierungsprozessen

Beck sieht im Anstieg des Einkommens bei gleichbleibenden Ungleichheitsrelationen („Fahrradstuhleffekt“ des Einkommens) eine wesentliche Bedingung für die von ihm beschriebenen Individualisierungsprozesse. Eine solche Niveauehebung führt – laut Beck – zu Veränderungen in den Lebensbedingungen der Akteure, die einschneidender sind als die noch bestehenden Unterschiede: „So hat dieselbe Anhebung des materiellen Lebensstandards bei Arbeitern eine sehr viel größere Bedeutung als bei mittleren und gehobenen Angestellten, weil damit auch Arbeiterhaushalte zum erstenmal in den Genuss bestimmter individueller Entfaltungsmöglichkeiten in der Privatsphäre (größere Wohnung, Auto) kommen, während derselbe Entwicklungsschub in höheren Angestelltenhaushalten möglicherweise nur die Vermehrung von bereits Selbstverständlichem und Bekannten bewirkt (Zweitauto, Ferienwohnung)“ (Beck 1983: 37). Damit steigt also auch für die Angehörigen der Arbeiterklasse die Anzahl der potenziell wählbaren Optionen, da diese nun weniger stark durch finanzielle Barrieren versperrt sind.

Tatsächlich zeigt sich für den Untersuchungszeitraum ein Anstieg des realen Nettoäquivalenzeinkommens, der sich jedoch seit Anfang der 1990er Jahre stark abgeschwächt hat (Goebel et al. 2010; Sopp 2005). Der „Fahrradstuhl“ ist also nur in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraumes nach oben gefahren, während er in der zweiten Hälfte ins Ruckeln geraten und schließlich fast stehengeblieben ist. Zugleich nehmen die relative und die absolute Einkommenspolarisierung gegen Ende der Beobachtungszeit zu (ebd.). Dies heißt, „dass die Ärmern nicht nur immer mehr geworden sind, sondern sie im Durchschnitt immer ärmer werden“ (Goebel et al. 2010: 5). Begleitet wird diese Entwicklung von einem Rückbau des Sozialstaates, der seine lebensstandardsichernde Funktion im Zuge der „Agenda 2010“-Reformen aufgegeben hat. Eine wichtige Voraussetzung der Individualisierungsprozesse scheint damit zunehmend brüchiger zu werden, da der ökonomische Aufstieg für einen großen Teil der Bevölkerung ausbleibt und Lebensrisiken weniger gut sozialstaatlich abgesichert sind. Die Unterschiedlichkeit der Nettoäquivalenzein-

kommen kann aber relativ gut durch das (modifizierte) EGP-Klassenschema abgebildet werden: Hier weisen Beschäftigte in AG-AN-Beziehungen sehr niedrige Einkommen auf (Lux 2009; Sopp 2005) und sind häufiger von Armut betroffen (Groh-Samberg 2004), während sich für Beschäftigte in Dienstbeziehungen besonders hohe Einkommen zeigen.

Hinsichtlich des Politikangebotes der Parteien ist für die hier aufgeworfene Fragestellung vor allem die Einführung der Agenda 2010 zwischen den Jahren 2003 und 2005 zu nennen, mit der sich die SPD neoliberalen Strömungen öffnete und die oben angesprochene Reform der sozialstaatlichen Sicherungssysteme einleitete.¹⁰ Dies zog vehemente gewerkschaftliche und innerparteiliche Kritik auf sich, die schließlich in der Gründung der WASG (als Verein im Jahr 2004 und als Partei im Jahr 2005) und deren späteren Zusammenschluss mit der PDS zur Partei DIE LINKE im Jahr 2007 kulminierte. In Folge dieser Entwicklung ist damit zu rechnen, dass die SPD als Wahlalternative vor allem für sozial benachteiligte Klassen zum Ende des Untersuchungszeitraumes an Attraktivität verloren hat. Diese Entwicklungen sind zu berücksichtigen, wenn im Folgenden die Hypothesen entwickelt werden.

3.3.2 Hypothesengenerierung

Treffen die Implikationen der Beckschen Individualisierungsthese zu, dann sollte sich die klassenspezifische Strukturierung der *Bewertung sozialer Ungleichheit* im Zeitverlauf abschwächen, da (1.) die bestehenden Ungleichheiten auf einem sehr hohen Wohlstandsniveau existieren, das im Sinne des Fahrstuhl-Effekts zumindest in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums weiter ansteigt: Bedeutsame Konsummöglichkeiten wären dann für jede soziale Klasse gegeben und die darüber hinaus bestehenden Ungleichheiten wären immer weniger in der Lage, kritische Bewusstseinsformen zu erzeugen (Müller 1993: 94-96). Weiterhin sollte (2.) die sich ausweitende soziale Mobilität zu einer Verzeitlichung der Betroffenheit von bestimmten Lebenslagen führen und zu einer Ausweitung der Wechsel zwischen sozialen Positionen (Berger 1996). Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Individuen im

Verlauf ihres Lebens einer Mehrzahl von sozialen Klassen angehören und damit auch unterschiedliche klassenspezifische Erfahrungen machen (bzw. steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Wechsel von den Akteuren für möglich gehalten werden), wodurch die individuelle Klassenzugehörigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt ein immer schlechterer Prädiktor für die Einstellung des jeweiligen Individuums zu sozialer Ungleichheit werden dürfte. Schließlich sollte (3.) die neue Unmittelbarkeit von Gesellschaft und Individuum dazu führen, dass die Betroffenheit von bestimmten Lebenslagen stärker individuell zugerechnet wird. Damit dürfte auch die Möglichkeit schwinden, diese Betroffenheit makrostrukturellen Faktoren zuzuschreiben und diese daraufhin zu kritisieren. Die klassenspezifische Strukturierung der Bewertung sozialer Ungleichheit sollte sich dabei besonders deutlich zwischen den ersten beiden Beobachtungszeitpunkten abschwächen, weniger deutlich hingegen – auf Grund des anhaltenden Fahrstuhls im Bereich des Einkommens und auf Grund des Rückbaus des Sozialstaates – zwischen dem zweiten und dritten Beobachtungszeitpunkt.

Hypothese 1: Die klassenspezifische Strukturierung der Bewertung sozialer Ungleichheit nimmt in Westdeutschland in der Abfolge der Jahre 1984, 1994 und 2004 ab.

Hinsichtlich der einzelnen sozialen Klassen sollten – zumindest zum ersten Beobachtungszeitpunkt¹¹ – die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen besonders kritische Einstellungen aufweisen, da diese weniger verdienen und weniger Autonomie, Aufstiegsmöglichkeiten und Arbeitsplatzsicherheit besitzen. Sie sind also unter den gegebenen Ungleichheitsbedingungen besonders benachteiligt. Zudem sollte ein Teil der Beschäftigten in Dienstbeziehungen (vor allem die Angehörigen der sozialen Dienste, tendenziell aber auch die Experten) ebenfalls kritische Einstellungen aufweisen. Diese haben zwar hinsichtlich der eben genannten Merkmale eine privilegierte Stellung, sie identifizieren sich jedoch nicht unbedingt mit den Unternehmenszielen, sondern viel eher mit den Normen ihrer Profession und weisen – im Fall der Angehörigen der sozialen Dienste – einen Klientenbezug auf, der sie empfänglich für die Belange der Schlechtergestellten macht.

Hypothese 2: Die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen und die Angehörigen der sozialen Dienste weisen in Westdeutschland mindestens im Jahr

¹⁰ Andere wichtige Veränderungen des Politikangebotes der Parteien wie die Verabschiedung des Godesberger Programms in der SPD im Jahr 1959, die Öffnung der SPD für die Neue Politik in den 1970er Jahren oder die Etablierung der Grünen in den 1980er Jahren liegen außerhalb des Untersuchungszeitraumes.

¹¹ Für die nachfolgenden Erhebungszeitpunkte muss dies nicht gelten, weil sich ja die Klassenspezifität laut Hypothese 1 minimieren sollte.

1984 besonders kritische Bewertungen sozialer Ungleichheit auf.

Treffen die Implikationen der Beckschen Individualisierungsthese zu, dann sollte sich auch die klassenspezifische Strukturierung des *Wahlverhaltens* im Zeitverlauf abschwächen (Beck 1983: 56f.). Denn schwinden (1.) die klassenspezifischen Unterschiede in der Bewertung sozialer Ungleichheit, dann dürften sich auch weniger klar strukturierte Positionen hinsichtlich einer Präferenz für die Veränderung/Beibehaltung der Ungleichheitsstruktur ergeben. Somit müsste im Resultat die Möglichkeit einer Zuordnung von Angehörigen einer bestimmten Klasse zur Wahl einer bestimmten Partei auf der Basis von materiellen klassenspezifischen Interessen schwinden. Diese Tendenz sollte sich dadurch verstärken, dass (2.) neue wertebasierte Interessen neben oder an die Stelle von klassenspezifischen materiellen Interessen treten und somit eine neue politische Spaltung zwischen Personen mit materialistischen und postmaterialistischen Werten entsteht (Inglehart 1983). Zudem werden (3.) Wahlhandlungen immer anfälliger für „massenmedial forcierte Modethemen und Konfliktmoden, die in immer rascherer Folge, wie Herbst-, Winter- und Frühlingskollektionen die öffentliche Diskussion bestimmen und durchziehen“ (Beck 1983: 57, Herv. weggel.), weshalb Individuen sich auf der Basis von einzelnen, rasch wechselnden Themen rational für wechselnde Parteien entscheiden dürften.

Hypothese 3: Die klassenspezifische Strukturierung des Wahlverhaltens nimmt in Westdeutschland in der Abfolge der Jahre 1984, 1994 und 2004 ab.

Für die einzelnen sozialen Klassen sollten – zumindest zum ersten Beobachtungszeitpunkt – vor allem die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen und die Angehörigen der sozialen Dienste eine starke Neigung zur Wahl der SPD (statt der CDU/CSU) aufweisen, weil – wie oben bereits angesprochen – erstere auf Grund ihrer objektiven Lage und letztere auf Grund ihrer beschäftigungsspezifischen Handlungslogik (Professionsnormen und Klientenbezug) ein Interesse an der Veränderung bestehender Ungleichheitsverhältnisse besitzen und die SPD als diejenige Partei erscheint, die am ehesten diesem Ziel gerecht wird (die CDU/CSU hingegen – im klassischen Parteiengegensatz – als besonders konservative und den Arbeitgebern nahestehende Partei).¹² Diese Neigung zur SPD sollte bei den Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen zum letzten Beobachtungszeitpunkt – auch bei einem allgemeinen Rückgang

der Klassenstrukturierung des Wahlverhaltens – durch eine stärkere Neigung zur Wahlenthaltung (teilweise) substituiert sein, weil diese Gruppe am stärksten von den durch die SPD eingeleiteten Rückbau des Sozialstaates betroffen ist und es deshalb bei ihnen zu einem Rückzug von der SPD und – mangels Alternativen – von der Politik insgesamt kommen dürfte.

Hypothese 4: Die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen und die Angehörigen der sozialen Dienste weisen in Westdeutschland mindestens im Jahr 1984 eine besonders starke Neigung zur Wahl der SPD statt der CDU/CSU auf.

Hypothese 5: Die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen weisen in Westdeutschland im Jahr 2004 eine besonders starke Neigung zur Wahlenthaltung statt zur Wahl der SPD auf.

Wie oben herausgearbeitet wurde, ergeben sich bei Versuchen, die Individualisierungsthese empirisch zu überprüfen, zahlreiche Probleme, die auch von den nachfolgenden Analysen nicht vollständig gelöst werden können. So beziehen sich die folgenden Ergebnisse zwar auf verschiedene lebensweltliche Bereiche, doch selbst wenn in diesen keine abnehmende Prägekraft der sozialen Klassen festgestellt wird, könnten sich Individualisierungsprozesse sehr wohl in anderen hier unberücksichtigten Gebieten finden. Es stellt sich also das Problem der Berücksichtigung vieler potenziell von Individualisierung betroffener lebensweltlicher Bereiche. In den hier analysierten Bereichen werden zudem nur die Individualisierungsdimensionen Freisetzung und Stabilitätsverlust untersucht, so dass keine Aussagen über Re-Integrationsphänomene gemacht werden können (Problem der Multidimensionalität). Des Weiteren beschränken sich die Analysen auf die Entwicklungen in Westdeutschland von 1984 bis 2004, so dass Individualisierungsprozesse, die vor dieser Zeitspanne und/oder in anderen Ländern stattfanden, nicht erfasst werden (Probleme des räumlichen und zeitlichen Geltungsbereichs). Die entsprechenden Individualisierungseffekte sollten dabei alle sozialen Klassen erreichen (Problem des sozialen Geltungsbereichs). Schließlich findet im Rahmen der Analysen keine Berücksichtigung der subjektiven Zurechnung statt, so dass keine Aussagen darüber getroffen werden können, inwieweit sich die Individuen in ihrem Denken und Handeln als selbstständig und autonom wahrnehmen (Problem der subjektiven Zurechnung).

Auf Grund dieser grundsätzlichen Einschränkungen können die nachfolgenden Analysen keine Verifikation oder Falsifikation genereller Individualisie-

¹² Für andere Parteien werden hier aus Platzgründen keine Hypothesen entwickelt.

rungstrends darstellen. Sie können aber sehr wohl empirische Ergebnisse dahingehend liefern, ob und inwiefern die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und das Wahlverhalten innerhalb der letzten drei Jahrzehnte mit der Individualisierungsthese vereinbar sind oder nicht. In diesem eingeschränkten Sinn ist es zu verstehen, wenn im nachfolgenden Text von Bestätigung oder Nichtbestätigung der Individualisierungsthese gesprochen wird.

4. Daten, Variablen, Methoden

Daten

Grundlage der nachfolgenden Analysen sind die Daten der kumulierten Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 1980 bis 2006 (ZA-Nummer 4241). Bei den Daten des ALLBUS handelt es sich um alle zwei Jahre stattfindende replikative Querschnitterhebungen, bei denen jeweils 3.000 bis 3.500 Personen zu teilweise gleich bleibenden (z. B. Beruf, Einkommen, Wahlabsicht), teilweise von Erhebung zu Erhebung wechselnden und in verschiedenen Intervallen erneut berücksichtigten Bereichen (z. B. kulturelle Präferenzen, Freundschaftsbeziehungen, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und zum Wohlfahrtsstaat) in standardisierten Face-to-face-Interviews befragt werden. Die Grundgesamtheit des ALLBUS bildet in den Jahren 1980 bis 1990 die erwachsene westdeutsche Bevölkerung in Privathaushalten (einschließlich West-Berlin). In den Erhebungen nach 1990 wurde die Grundgesamtheit auf erwachsene deutsche und nichtdeutsche Personen in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland ausgeweitet (Koch & Wasmer 2004: 29–31), so dass für die nachfolgende Analyse nichtdeutsche Personen und Personen mit dem Wohnsitz in den neuen Bundesländern ausgeschlossen werden, um die Ergebnisse auf eine einheitliche Grundgesamtheit beziehen zu können.¹³

Variablen

Für die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit wurde – auf der Grundlage theoretischer Überlegungen

und einer Hauptkomponentenanalyse – ein additiver Index „Beurteilung sozialer Ungleichheit“ gebildet. In ihn gingen die Zustimmungen/Ablehnungen¹⁴ der Aussagen „Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im großen und ganzen gerecht verteilt“, „Selbst wenn man es wollte, könnte man die sozialen Ungleichheiten kaum geringer machen, als sie bei uns in Deutschland sind“ und „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht“ ein. Der so konstruierte Index reicht von eins bis vier, wobei hohe Indexwerte eine kritische Einstellung anzeigen.¹⁵

Hinsichtlich des Wahlverhaltens wird das geplante Wahlverhalten berücksichtigt. Indikator ist dabei die Antwort des Interviewten auf die Frage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit der Zweitstimme wählen?“.¹⁶ Die Antwortvorgaben werden so rekodiert, dass sich fünf Kategorien ergeben: „CDU/CSU“, „SPD“, „FDP“, „die Grünen“ und „Wahlenthaltung“. Die Aufnahme anderer Parteien wurde vermieden, da diese im Untersuchungszeitraum nur von sehr wenigen westdeutschen Befragten ausgewählt werden. Personen, die eine dieser Parteien wählen würden, werden bei der Analyse des Wahlverhaltens ausgeschlossen.

Hinsichtlich der sozialen Klassen wird in den nachfolgenden Analysen das oben skizzierte EGP-Klassenkonzept (Erikson & Goldthorpe 1992: 35–47) in der ebenfalls oben skizzierten Modifikation von Müller (1998: 6–14) verwendet. Alternativ könnten an dieser Stelle Konzepte verwendet werden, die stärker den Ausbeutungscharakter zwischen den so-

¹⁴ Die Antwortmöglichkeiten waren „Stimme voll zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme eher nicht zu“ und „Stimme überhaupt nicht zu“.

¹⁵ Durchgeführte Hauptkomponentenanalysen ergaben in jedem Jahr eine Ein-Faktor-Lösung. Cronbachs α schwankt zwischen 0,70 im Jahr 1984 und 0,52 im Jahr 2004. Auf Grund der geringen Zahl der in den Index eingegangenen Items sind diese Werte noch vertretbar. Regressionen, die mit jeweils nur einem Item durchgeführt wurden, ähneln zudem sehr stark den unten stehenden Analysen.

¹⁶ Die Beschränkung auf die Wahlabsicht findet v. a. deshalb statt, weil für das tatsächliche Wahlverhalten im ALLBUS nicht für jeden Erhebungszeitpunkt Informationen vorliegen. Darüber hinaus stellt sich beim tatsächlichen Wahlverhalten das Problem, dass die Zeit zwischen der Befragung und der Wahl über die einzelnen Erhebungszeitpunkte hinweg variiert. Da die Validität einer solchen Recall-Frage mit dem Anwachsen des Zeitraumes zwischen Wahl und Befragung abnimmt (Juhász 1993), können sich beim Vergleich unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte Verzerrungen ergeben.

¹³ Auf das Problem der im Zeitverlauf abnehmenden Ausschöpfungsquote des ALLBUS (Gesis 2011) wird hier nicht weiter eingegangen, da sich diese Problematik zwar bei den Anteils- und Mittelwerten einiger Merkmale (Koch 1993: 86–92), nicht jedoch bei Zusammenhangsmaßen auswirkt (Diekmann 2003: 264).

zialen Klassen betonen (Wright 1997), stärker die habituellen Grundeinstellungen beinhalten (Vester et al. 2001) oder aber stärker auf Mechanismen der Berufsgruppen referieren (Grusky & Sørensen 1998). Während die erste Alternative aber der Handlungslogik der Beschäftigten (Klientenbezug) zu wenig Aufmerksamkeit schenkt, sind bei der zweiten Alternative zu viele Elemente, die es eigentlich über die Klassenzugehörigkeit zu erklären gilt, Teil der Gruppendefinition. Die dritte Alternative läuft Gefahr zu unübersichtlich zu werden. Darüber hinaus ist die Operationalisierung der ersten beiden Alternativen mit den verwendeten Daten nicht möglich. Mit dem modifizierten EGP-Klassenschema wird demgegenüber ein übersichtliches Klassenkonzept verwendet, das eine horizontale Differenzierung der Handlungslogik der Beschäftigten beinhaltet, aber dennoch primär über die objektiven Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt definiert ist. Dieses Konzept wurde bereits in zahlreichen Studien verwendet und kann mit dem hier herangezogenen Datensatz operationalisiert werden. Die konkrete Operationalisierung erfolgt über die aktuelle berufliche Stellung und die berufliche Tätigkeit des Befragten (Kohler 2002; Trometer 1993), wobei Personen, die gegenwärtig nicht erwerbstätig sind, nach ihrer früheren Erwerbstätigkeit klassifiziert werden. Waren Personen noch nie erwerbstätig, erfolgt die Einordnung anhand der Erwerbstätigkeit des Partners bzw. (bei Personen, die sich zum Befragungszeitpunkt in keiner Partnerschaft befanden) über die Erwerbstätigkeit des früheren Partners bzw. (bei Personen, die sich noch nie in einer Partnerschaft befanden) über die Erwerbstätigkeit des Vaters. Die so konstruierte Klassenvariable hat acht Ausprägungen, die den Primärkategorien wie folgt zugeordnet sind:

- *Selbstständige*: „Arbeitgeber/Selbstständige/Landwirte“;
- *Beschäftigte in Dienstbeziehungen*: „soziale Dienste“, „Experten“, „administrative Dienste“;
- *Beschäftigte in Mischtypen*: „sonstige Nicht-Manuelle“, „Meister/Techniker“;
- *Beschäftigte in AG-AN-Beziehungen*: „Facharbeiter“, „einfache Arbeiter“.

Für die Regressionsanalysen werden neben den sozialen Klassen weitere unabhängige Variablen verwendet, auf deren Konstruktion hier jedoch nicht näher eingegangen wird, da sie nur als Kontrollvariablen einbezogen werden, um für den Zusammenhang von Klasse und lebensweltlichen Merkmalen Drittvariableneffekte auszuschließen (siehe Anhang).

Methoden

Die nachfolgenden Analysen wurden mit Hilfe von multiplen linearen Regressionen (für die Ungleichheitsbewertungen) und multiplen multinomialen logistischen Regressionen (für das Wahlverhalten) durchgeführt (Kohler & Kreuter 2006; Long & Freese 2006). Als Indikator für die Klassenstrukturierung gelten die dort angegebenen Regressionskoeffizienten. Diese geben im Fall der multiplen linearen Regression die additive Veränderung des Indexes zur Ungleichheitsbewertung an, wenn man die jeweils interessierende Kategorie (z. B. Frau) mit der entsprechenden Referenzkategorie (Mann) vergleicht und dabei alle übrigen im Modell enthaltenen Variablen konstant hält. Positive Regressionskoeffizienten zeigen eine kritischere Einstellung zu sozialer Ungleichheit gegenüber der Referenzgruppe. Bei multiplen multinomialen logistischen Regressionen geben die Regressionskoeffizienten die multiplikative Veränderung des Wahrscheinlichkeitsverhältnisses der Wahl einer bestimmten Partei gegenüber der Wahl einer zweiten Partei an (z. B. SPD versus CDU), wenn man die jeweils interessierende Kategorie (z. B. Frau) mit der entsprechenden Referenzkategorie (Mann) vergleicht und dabei alle übrigen im Modell enthaltenen Variablen konstant hält. Werte größer als eins bedeuten eine größere Wahrscheinlichkeit für die Wahl der ersten Partei gegenüber der zweiten Partei.

5. Ergebnisse

Einstellungen zu sozialer Ungleichheit

Bei der Bewertung sozialer Ungleichheit zeigt sich ein Anstieg der kritischen Einstellungen in allen drei berücksichtigten Items, so dass sich auch für den berechneten additiven Indexwert ein Anstieg ergibt: Von 2,58 im Jahr 1984 auf 2,67 im Jahr 1994 und 2,82 im Jahr 2004 (siehe Anhang). In der Abfolge der Jahre 1984, 1994 und 2004 wird also die Bewertung sozialer Ungleichheit in Westdeutschland im Durchschnitt kritischer.¹⁷ Hierbei ist der Anstieg der kritischen Bewertungen von 1994 zu 2004 besonders stark. Er findet also gerade zwischen jenen Beobachtungszeitpunkten statt, zwischen denen die Stagnation des realen Nettoäquivalenzeinkommens liegt, bzw. zu dem Zeitpunkt, an dem der Rückbau des Sozialstaates spürbar wird. Die kritischeren Einstellungen können also durchaus als Reaktion auf diese Entwicklungen interpretiert werden.

¹⁷ Die Unterschiede sind auf dem 1 %-Niveau signifikant.

Für die Analyse der Klassenstrukturierung der Ungleichheitsbewertungen werden drei multiple lineare Regressionen berechnet. In diesen wird versucht, die Varianz der Ungleichheitsbewertungen durch die modifizierten EGP-Klassen und die Erhebungszeitpunkte (Modell 1) bzw. durch die modifizierten EGP-Klassen und die Erhebungszeitpunkte, die Kohortenzugehörigkeit, das Geschlecht, die Bildung und die Erwerbssituation (Modell 2) bzw. durch die angesprochenen Variablen und das Nettoäquivalenzeinkommen (Modell 3) zu erklären. Die Entwicklung der Klassenstrukturierung wird dabei als eine Reihe von Interaktionseffekten (Klasse und Jahr) modelliert, was die Interpretation der Klassen-Haupteffekte und der Jahres-Haupteffekte ändert (Jaccard et al. 1990).¹⁸ Der Klassen-Haupteffekt gibt nun den Einfluss der jeweiligen sozialen Klasse auf die Ungleichheitsbewertung im Jahr 1984 an (mit den Angehörigen der administrativen Dienste als Referenzkategorie),¹⁹ während der Jahres-Haupteffekt die Veränderung des Indexwertes für die Angehörigen der administrativen Dienste im Verhältnis zum Jahr 1984 angibt. Die Interaktionseffekte (Klasse und Jahr) zeigen den Einfluss der jeweiligen Klasse (im Vergleich zu den administrativen Diensten) für das betrachtete Jahr, wenn zu diesem Einfluss der jeweilige Klassen-Haupteffekt addiert wird. Sie zeigen also, ob die Einstellung zu sozialer Ungleichheit in der jeweiligen Klasse gegenüber den administrativen Diensten im Zeitverlauf unkritischer (negativer Regressionskoeffizient) oder kritischer (positiver Koeffizient) geworden ist.

Für das Jahr 1984 zeigen die Klassen-Haupteffekte besonders kritische Einstellungen für die Akteure in AG-AN-Beziehungen (Facharbeiter und einfache Arbeiter) sowie für die Angehörigen der sozialen Dienste (Tabelle 1, Modell 1). Akteure in den Mischtypen (Nicht-Manuelle mit Routinetätigkeit) nehmen ebenfalls kritische Ungleichheitsbewertungen vor, die aber im Vergleich zu den gerade genannten Gruppen weniger stark ausgeprägt sind.

¹⁸ Die Entwicklung der Klassenstruktur wird hier – wie auch beim Wahlverhalten – explizit nicht als Kohorteneffekt modelliert, weil sich die oben beschriebenen Individualisierungsprozesse in einer *generell* weniger ausgeprägten Klassenstrukturierung im Zeitverlauf zeigen sollten (siehe Müller 1998: 17).

¹⁹ Die Angehörigen der administrativen Dienste werden als Referenzkategorie gewählt, weil diese – wie oben angesprochen – besonders konservative und unkritische Einstellungen aufweisen sollten und im Vergleich zu den Selbstständigen, die ebenfalls konservative und unkritische Einstellungen aufweisen sollten, zahlreicher in der Erhebung vertreten sind.

Gegenüber den administrativen Diensten signifikant unkritischere Ungleichheitsbewertungen sind nur bei den Selbstständigen zu finden. Damit kann Hypothese 2 als bestätigt gelten: Die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen und die Angehörigen der sozialen Dienste weisen in Westdeutschland mindestens im Jahr 1984 besonders kritische Bewertungen der sozialer Ungleichheit auf. In diesem Jahr sind also diejenigen sozialen Klassen besonders unzufrieden mit den bestehenden Ungleichheiten gewesen, für die – auf Grund ihrer objektiven Lage oder auf Grund ihrer beschäftigungsspezifischen Handlungslogik (Klientenbezug) – diese Ungleichheiten sehr stark erfahrbar waren.

Hinsichtlich der zeitlichen Veränderung dieser Klassenstrukturierung zeigt der Jahres-Haupteffekt eine über die Erhebungsjahre kritischer werdende Ungleichheitsbewertung für die Angehörigen der administrativen Dienste an.²⁰ Diese Entwicklung ist erneut von 1994 zu 2004 besonders stark ausgeprägt.

Bei den übrigen Klassen ergeben sich im Jahr 1994 im Vergleich zu 1984 nur für zwei Klassen signifikante Veränderungen: Die Angehörigen der sozialen Dienste verlieren etwas von ihrer im Vergleich zu den administrativen Diensten kritischeren Einstellung, während die Selbstständigen etwas von ihrer affirmativeren Einstellung einbüßen. Die Selbstständigen unterscheiden sich nun kaum noch von den Angehörigen der administrativen Dienste. Im Jahr 1994 bewerten also nur noch die Akteure in AG-AN-Beziehungen (Facharbeiter und einfache Arbeiter) die Ungleichheiten besonders negativ, wengleich die Angehörigen der sozialen Dienste und die Akteure in den Mischtypen (Nicht-Manuelle mit Routinetätigkeit) hier ebenfalls kritische Einstellungen aufweisen – allerdings auf geringerem Niveau. Im Jahr 2004 unterscheiden sich schließlich die Angehörigen der sozialen Dienste überhaupt nicht mehr signifikant von denen der administrativen Dienste und auch die Akteure in AG-AN-Beziehungen (Facharbeiter und einfache Arbeiter) büßen ihre kritischeren Ungleichheitsbewertungen ein. Die klare klassenspezifische Spaltung der Ungleichheitsbewertungen, die noch im Jahr 1984 und teilweise auch im Jahr 1994 aufzufinden war, hat sich nun aufgelöst. Zwar weisen im Jahr 2004 die Akteure in den Mischtypen kritischere (Nicht-Manuelle mit Routinetätigkeit) bzw. affirmativere Einstellungen

²⁰ Der Wert der Ungleichheitsbewertungsskala von 2,43 für das Jahr 1984 (Regressionskonstante) steigt auf 2,56 im Jahr 1994 ($2,43 + 0,13$) und auf 2,80 im Jahr 2004 ($2,43 + 0,37$).

Tabelle 1 Bewertung sozialer Ungleichheit in Westdeutschland (lineare Regression)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Admin. Dienste	Ref.		Ref.		Ref.	
Experten	0,10	(0,91)	0,08	(0,77)	0,08	(0,73)
Soziale Dienste	0,35***	(3,73)	0,30***	(3,39)	0,30***	(3,38)
Nicht-Manuelle	0,18***	(2,74)	0,14**	(2,18)	0,12*	(1,82)
Selbstständige	-0,16*	(-1,92)	-0,11	(-1,33)	-0,10	(-1,29)
Meister/Techn.	0,08	(0,92)	0,10	(1,18)	0,09	(1,07)
Facharbeiter	0,24***	(3,64)	0,26***	(4,03)	0,22***	(3,38)
Einfache Arbeiter	0,28***	(4,06)	0,30***	(4,33)	0,25***	(3,54)
Erhebungsjahr 1984	Ref.		Ref.		Ref.	
Erhebungsjahr 1994	0,13*	(1,89)	0,08	(1,24)	0,09	(1,37)
Erhebungsjahr 2004	0,37***	(5,63)	0,28***	(4,13)	0,29***	(4,29)
Experten*1994	0,03	(0,25)	0,05	(0,36)	0,06	(0,41)
Soziale Dienste*1994	-0,22*	(-1,88)	-0,23**	(-1,98)	-0,22**	(-1,97)
Nicht-Manuelle*1994	-0,11	(-1,24)	-0,12	(-1,36)	-0,13	(-1,44)
Selbstständige*1994	0,25**	(2,13)	0,27**	(2,35)	0,23**	(2,01)
Meister/Techniker*1994	0,04	(0,35)	0,04	(0,34)	0,02	(0,18)
Facharbeiter*1994	-0,02	(-0,21)	-0,03	(-0,35)	-0,04	(-0,45)
Einfache Arbeiter*1994	-0,09	(-1,01)	-0,10	(-1,10)	-0,12	(-1,32)
Experten*2004	-0,17	(-1,22)	-0,14	(-1,09)	-0,13	(-0,97)
Soziale Dienste*2004	-0,35***	(-3,00)	-0,33***	(-2,93)	-0,33***	(-3,00)
Nicht-Manuelle*2004	-0,06	(-0,72)	-0,04	(-0,42)	-0,05	(-0,54)
Selbstständige*2004	0,19*	(1,68)	0,18*	(1,65)	0,15	(1,38)
Meister/Techniker*2004	-0,20*	(-1,83)	-0,18*	(-1,70)	-0,21*	(-1,92)
Facharbeiter*2004	-0,21**	(-2,38)	-0,20**	(-2,24)	-0,20**	(-2,32)
Einfache Arbeiter*2004	-0,25***	(-2,76)	-0,25***	(-2,69)	-0,26***	(-2,86)
Bis 1935			Ref.		Ref.	
1935–45			0,10**	(2,52)	0,10**	(2,47)
1946–53			0,22***	(4,89)	0,21***	(4,74)
1954–64			0,26***	(6,16)	0,25***	(5,77)
1965–			0,23***	(4,87)	0,21***	(4,46)
Mann			Ref.		Ref.	
Frau			0,08***	(3,01)	0,09***	(3,25)
Max. MR			Ref.		Ref.	
(Fach)Abi o. mehr			0,04	(1,31)	0,07**	(2,13)
Ganztags et.			Ref.		Ref.	
Halbtags et.			0,05	(1,04)	0,03	(0,65)
Schül./Stud./Wehr./Zi.			0,15**	(2,41)	0,09	(1,42)
Rente/Pension			0,10**	(2,40)	0,06	(1,47)
Arbeitslos			0,21***	(3,60)	0,14**	(2,40)
Hausfrau/-mann			0,01	(0,29)	-0,04	(-0,98)
Anderw. nicht et.			-0,05	(-0,74)	-0,10	(-1,37)
1. Einkommensquartil					Ref.	
2. Einkommensquartil					-0,09***	(-2,81)
3. Einkommensquartil					-0,09***	(-2,64)

Tabelle 1 (Fortsetzung)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
4. Einkommensquintil			-0,13*** (-3,81)
5. Einkommensquintil			-0,24*** (-6,17)
Konstante	2,43*** (48,80)	2,24*** (38,69)	2,40*** (37,56)
n	3818	3818	3818
Adj. R ²	0,041	0,067	0,077

Unstandardisierte Regressionskoeffizienten; *t*-Werte in Klammern.

Quelle: ALLBUS 1984–2006, gewichtet.

* $p < 0,10$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

(Meister/Techniker) auf als die administrativen Dienste; diese sind allerdings deutlich schwächer ausgeprägt als noch die starken Effekte für die Arbeiter in den Jahren 1984/1994 und für die Angehörigen der sozialen Dienste im Jahr 1984. Hypothese 1 kann somit als bestätigt gelten: Die klassenspezifische Strukturierung der Bewertung sozialer Ungleichheit nimmt in Westdeutschland in der Abfolge der Jahre 1984, 1994 und 2004 ab. Beide Hypothesenbestätigungen (Hypothese 1 und 2) werden dadurch gestützt, dass sich die (abnehmende) Klassenstrukturierung auch dann ergibt, wenn die Geburtskohorte, das Geschlecht, der Bildungsabschluss und der Erwerbstatus kontrolliert werden (Tabelle 1, Modell 2).²¹

Wird zusätzlich die Position der Befragten in der Ungleichheitshierarchie des Einkommens berücksichtigt (Tabelle 1, Modell 3), schwächen sich die oben festgestellten Klasseneinflüsse etwas ab. Ein Teil der Klassenstrukturierung der Ungleichheitsbewertungen ist also auf die unterschiedliche Einkommensausstattung der sozialen Klassen zurückzuführen. Allerdings bleibt auch nach Berücksichtigung des Einkommens ein großer Teil der Klassenstrukturierung bestehen. Dies kann als ein Hinweis darauf gewertet werden, dass (in den Jahren 1984 und 1994) spezifische Klassenkulturen wirken, die relativ unabhängig vom Einkommen sind oder dass die Klassenspezifik der Ungleichheitsbewertungen durch objektive Lebenslagen erzeugt ist, die sich nicht alleine durch das Einkommen beschreiben lassen (Autonomie, Aufstiegsmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit).

²¹ Zusätzlich gestützt wird die Hypothesenentscheidung der abnehmenden Klassenstrukturierung durch die Entwicklung des R² in – hier nicht berichteten – Regressionsanalysen für die einzelnen Jahre. In diesen sinkt das adj. R² der Modelle, die nur die modifizierten EGP-Klassen berücksichtigen, von 0,04 (im Jahr 1984) auf 0,01 (1994 und 2004).

Betont werden muss an dieser Stelle, dass die Entkopplung von Klassenzugehörigkeit und Ungleichheitsbewertungen unter dem Vorzeichen einer generell stärker vertretenen Kritik sozialer Ungleichheit stattfand. Alle betrachteten sozialen Klassen entwickelten also über die beobachteten Jahre hinweg kritischere Einstellungen, verloren dabei jedoch weitgehend ihre Unterschiedlichkeit. Die Angleichung der Klassen ergibt sich also nicht daraus, dass der Fahrstuhleffekt des Einkommens bedeutsame Konsummöglichkeiten für jede soziale Klasse erzeugen würde und die darüber hinaus bestehenden Ungleichheiten immer weniger in der Lage wären, spezifische kritische Bewusstseinsformen zu erzeugen. Vielmehr scheinen sich die Stagnation der Einkommensentwicklung und der Rückbau des Sozialstaates in einer Weise auszuwirken, die das Risiko des sozialen Abstiegs bzw. des ausbleibenden ökonomischen Aufstiegs gleichsam demokratisiert und für alle Klassen erfahrbar macht: als reale Betroffenheit oder als „Spill-Over“-Effekt (Lengfeld & Hirschle 2009), bei dem die besser gestellten Klassen durch die Verschlechterung der Lage der übrigen Klassen verunsichert werden. Wie wirkt sich nun dieses stärkere, klassenübergreifende Ungleichheitsbewusstsein auf das Wahlverhalten aus?

Wahlverhalten

Beim Wahlverhalten wurden zu jedem Erhebungszeitpunkt die SPD und die CDU/CSU am häufigsten präferiert (siehe Anhang). Im Jahr 1984 lag die CDU/CSU mit 43 vor der SPD mit 38 Prozent, während im Jahr 1994 die SPD vor der CDU/CSU rangierte: 37 versus 33 Prozent. Im Jahr 2004 ergab sich eine starke Abkehr von der SPD. Sie wurde nur noch von 21 Prozent der Befragten präferiert, die CDU/CSU hingegen – ähnlich wie im Jahr 1984 – von 44 Prozent.²² Dieser Rückgang ging mit einem

²² Die Ergebnisse stimmen nicht mit den Wahlergebnissen

drastischen Anstieg der präferierten Wahlenthaltung einher: Von 5 Prozent im Jahr 1984 über 9 im Jahr 1994 auf 17 Prozent im Jahr 2004. Es scheint sehr plausibel, dass die Befragten die o.g. verschärften ökonomischen Bedingungen – die (teilweise) in die Regierungszeit der SPD fallen – der Politik der SPD zurechnen und es bei jenen Befragten, die sich von dieser Partei eine Verbesserung ihrer Lage erhofften, zu einem resignierten Rückzug von der Politik kommt.

Um zu prüfen, inwieweit dies tatsächlich der Fall ist und in welchem Maß sich eine Entkopplung des Wahlverhaltens von der Klassenlage zeigt, werden – analog zu den Analysen der Ungleichheitsbewertungen – drei Regressionsmodelle berechnet. Diese enthalten gegenüber den vorangegangenen Analysen zusätzlich die kategoriale Variable „Religionszugehörigkeit und Religiosität“ im zweiten und dritten Modell und die metrische Variable „Ungleichheitsbewertungen“ im dritten Modell. Da es sich nun um multinomiale logistische Regressionsmodelle handelt, geben die Regressionskoeffizienten (Odds-Ratios) – wie oben angesprochen – die Einflüsse der berücksichtigten Merkmale auf das Wahlverhalten in multiplikativer Form wieder. Dies gilt auch für die Interaktionseffekte: Diese geben die multiplikative Veränderung der Odds-Ratios der Klassen-Haupteffekte an, wenn die interessierende Klasse mit der Klasse der administrativen Dienste im Jahr 1994 bzw. 2004 verglichen wird (Jaccard 2001). Analysiert werden im Folgenden – aus Platzgründen und auf Grund der speziellen Fragestellung – nur die Einflüsse auf die Kontraste „SPD versus CDU/CSU“ und „Wahlenthaltung versus SPD“, es sind jedoch alle oben genannten Parteien in die Berechnung der Modelle eingegangen.

Für das Jahr 1984 kann bei Akteuren in AG-AN-Beziehungen und in den sozialen Diensten verglichen mit denjenigen in administrativen Diensten eine besonders große Tendenz zur Wahl der SPD statt der CDU/CSU festgestellt werden, während die Selbstständigen stärker als die administrativen Dienste der CDU/CSU statt der SPD zuneigen (Tabelle 2, Modell 1).²³ Die Akteure in den Mischtypen unterscheiden sich ebenfalls in signifikanter

Weise von den Angehörigen der administrativen Dienste, indem sie stärker als diese die SPD statt die CDU/CSU präferieren, jedoch in geringerem Maße als dies für die Akteure in AG-AN-Beziehungen und in den sozialen Diensten der Fall ist.²⁴ Da sich auch bei der Berücksichtigung der Kontrollvariablen dieses Bild kaum ändert (Tabelle 2, Modell 2), kann Hypothese 4 als bestätigt gelten: Die Beschäftigten in AG-AN-Beziehungen und die Angehörigen der sozialen Dienste weisen in Westdeutschland mindestens im Jahr 1984 eine besonders starke Neigung zur SPD statt zur CDU/CSU auf. Dies sind gerade jene Klassen, die auf Grund ihrer objektiven Lage und ihrer beschäftigungsspezifischen Handlungslogik (Klientenbezug) ein Interesse an der Veränderung bestehender Ungleichheitsverhältnisse besitzen.

Auch unter Einbeziehung des Einkommens und der Ungleichheitsbewertungen bleiben die wesentlichen Klassenunterschiede im Jahr 1984 bestehen (Tabelle 2, Modell 3). Dies kann – wie schon bei der Analyse der Ungleichheitseinstellungen – als ein Hinweis auf spezifische Klassenkulturen gewertet werden, die relativ losgelöst von Einkommenslagen wirken bzw. als Hinweis auf die Relevanz von objektiven Lebenslagen, die sich nicht allein durch das Einkommen beschreiben lassen. Es zeigt sich jedoch auch, dass ein Teil der Klassenstrukturierung des Wahlverhaltens – vor allem bei den Akteuren in AG-AN-Beziehungen – durch unterschiedliche Ungleichheitsbewertungen erzeugt ist.

An der Klassenstrukturierung der genannten Parteipräferenzen ändert sich im Zeitverlauf wenig. Zwar neigen im Jahr 1994 im Vergleich zum Jahr 1984 die Angehörigen der administrativen Dienste etwas stärker der SPD und im Jahr 2004 etwas stärker der CDU/CSU zu, was mit einer allgemeinen Hinwendung der sozialen Klassen zur SPD und Abkehr von der CDU/CSU im Jahr 1994 bzw. mit einer allgemeinen Hinwendung zur CDU/CSU und Abkehr von der SPD im Jahr 2004 einhergeht (Tabelle 2, Modell 2). Die diesbezügliche Unterschiedlichkeit der einzelnen sozialen Klassen bleibt jedoch weitgehend bestehen: Lediglich die einfachen Arbeiter sind im Vergleich zu den administrativen Diensten im Jahr 2004 etwas stärker der CDU/CSU statt der SPD zugeneigt als noch im Jahr 1984 (Tabelle 2, Modell 2). Somit kann Hypothese 3 nicht bestätigt

der Wahlen 1983, 1994 und 2005 überein, da sie zu davon verschiedenen Zeitpunkten erhoben wurden und der wahlspezifische Inszenierungskontext nicht gegeben ist (Müller 1998: 17).

²³ Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis (Chance) für die Wahl der SPD statt der CDU/CSU beträgt im Jahr 1984 für die administrativen Dienste 0,51 (Regressionskonstante) und für die einfachen Arbeiter 1,47 ($0,51 * 2,88$) – es

ist also bei den einfachen Arbeitern 2,88 Mal größer als bei den administrativen Diensten.

²⁴ Diese relative Präferenz wird bei der Klasse der Nicht-Manuellen zudem insignifikant, wenn man die Kontrollvariablen berücksichtigt (Tabelle 2, Modelle 2).

Tabelle 2 Wahlabsicht in Westdeutschland (multinomiale logistische Regression)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
<i>SPD vs. CDU/CSU</i>						
Admin. Dienste	Ref.		Ref.		Ref.	
Experten	1,66	(1,35)	1,52	(1,12)	1,38	(0,89)
Soziale Dienste	2,19***	(2,60)	2,96***	(3,43)	2,63***	(2,96)
Nicht-Manuelle	1,63*	(1,95)	1,56	(1,61)	1,32	(1,00)
Selbstständige	0,36***	(-2,76)	0,38**	(-2,49)	0,39**	(-2,37)
Meister/Techn.	2,02**	(2,44)	1,78*	(1,86)	1,58	(1,44)
Facharbeiter	2,73***	(4,18)	2,55***	(3,69)	1,98***	(2,69)
Einfache Arbeiter	2,88***	(4,35)	3,37***	(4,57)	2,56***	(3,43)
Erhebungsjahr 1984	Ref.		Ref.		Ref.	
Erhebungsjahr 1994	2,15***	(3,07)	1,69**	(1,97)	1,65*	(1,86)
Erhebungsjahr 2004	0,76	(-0,99)	0,58*	(-1,80)	0,44***	(-2,68)
Experten*1994	0,62	(-0,87)	0,74	(-0,56)	0,75	(-0,54)
Soziale Dienste*1994	0,51	(-1,56)	0,56	(-1,28)	0,58	(-1,18)
Nicht-Manuelle*1994	0,80	(-0,58)	0,94	(-0,14)	1,01	(0,02)
Selbstständige*1994	0,87	(-0,28)	1,30	(0,49)	1,07	(0,12)
Meister/Techniker*1994	0,56	(-1,39)	0,65	(-0,98)	0,59	(-1,15)
Facharbeiter*1994	0,63	(-1,31)	0,75	(-0,78)	0,71	(-0,89)
Einfache Arbeiter*1994	0,50*	(-1,87)	0,54	(-1,61)	0,58	(-1,36)
Experten*2004	0,36*	(-1,69)	0,47	(-1,19)	0,56	(-0,89)
Soziale Dienste*2004	0,91	(-0,20)	1,03	(0,06)	1,34	(0,59)
Nicht-Manuelle*2004	0,80	(-0,55)	0,92	(-0,21)	0,95	(-0,11)
Selbstständige*2004	2,25	(1,50)	2,18	(1,39)	2,03	(1,23)
Meister/Techniker*2004	0,62	(-1,05)	0,66	(-0,85)	0,78	(-0,48)
Facharbeiter*2004	0,71	(-0,90)	0,74	(-0,74)	0,88	(-0,32)
Einfache Arbeiter*2004	0,55	(-1,50)	0,50*	(-1,65)	0,61	(-1,14)
Bis 1935			Ref.		Ref.	
1935–45			1,15	(0,84)	1,04	(0,26)
1946–53			1,47**	(2,06)	1,31	(1,39)
1954–64			1,91***	(3,38)	1,55**	(2,21)
1965–			1,44	(1,59)	1,21	(0,80)
Mann			Ref.		Ref.	
Frau			0,91	(-0,75)	0,86	(-1,12)
Max. MR			Ref.		Ref.	
(Fach)Abi o. mehr			0,71**	(-2,33)	0,73**	(-2,04)
Ganztags et.			Ref.		Ref.	
Halbtags et.			1,06	(0,25)	0,95	(-0,25)
Schül./Stud./Wehr./Zi.			1,20	(0,61)	0,98	(-0,07)
Rente/Pension			1,37*	(1,86)	1,25	(1,26)
Arbeitslos			1,18	(0,56)	0,96	(-0,14)
Hausfrau/-mann			1,29	(1,40)	1,18	(0,91)
EV + unregelm. KG			Ref.		Ref.	
EV + regelm. KG			0,39***	(-4,59)	0,37***	(-4,51)
KA + regelm. KG			0,17***	(-11,43)	0,15***	(-11,63)

Tabelle 2 (Fortsetzung)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
KA + unregelm.KG			0,70***	(-2,98)	0,68***	(-3,11)
Andere/keine Konfession			1,35*	(1,83)	1,31	(1,62)
1.Einkommensquintil					Ref.	
2.Einkommensquintil					0,95	(-0,33)
3.Einkommensquintil					1,01	(0,05)
4.Einkommensquintil					1,00	(-0,00)
5.Einkommensquintil					0,75	(-1,57)
Ungleichheitsbewertung					2,55***	(11,06)
Konstante	0,51***	(-3,85)	0,64*	(-1,89)	0,09***	(-7,03)
<i>Wahlenthaltung vs. SPD</i>						
Admin. Dienste	Ref.		Ref.		Ref.	
Experten	0,96	(-0,05)	0,97	(-0,03)	0,95	(-0,07)
Soziale Dienste	1,13	(0,21)	1,05	(0,09)	1,01	(0,01)
Nicht-Manuelle	1,33	(0,52)	1,03	(0,06)	1,00	(-0,01)
Selbstständige	2,94	(1,39)	2,80	(1,31)	2,74	(1,31)
Meister/Techn.	0,63	(-0,75)	0,64	(-0,71)	0,63	(-0,74)
Facharbeiter	1,16	(0,29)	1,10	(0,19)	1,01	(0,02)
Einfache Arbeiter	0,47	(-1,41)	0,40*	(-1,68)	0,36*	(-1,84)
Erhebungsjahr 1984	Ref.		Ref.		Ref.	
Erhebungsjahr 1994	1,27	(0,45)	1,11	(0,19)	1,12	(0,22)
Erhebungsjahr 2004	3,09**	(2,09)	2,54*	(1,67)	2,45	(1,59)
Experten*1994	0,74	(-0,26)	0,89	(-0,10)	0,92	(-0,08)
Soziale Dienste*1994	0,65	(-0,49)	0,67	(-0,47)	0,71	(-0,40)
Nicht-Manuelle*1994	1,03	(0,04)	1,03	(0,04)	1,02	(0,03)
Selbstständige*1994	1,59	(0,49)	1,77	(0,60)	1,54	(0,46)
Meister/Techniker*1994	1,35	(0,35)	1,44	(0,42)	1,38	(0,37)
Facharbeiter*1994	1,16	(0,23)	1,23	(0,31)	1,23	(0,31)
Einfache Arbeiter*1994	3,11	(1,62)	3,17*	(1,65)	3,06	(1,60)
Experten*2004	0,74	(-0,26)	0,91	(-0,08)	0,99	(-0,01)
Soziale Dienste*2004	1,16	(0,19)	1,22	(0,25)	1,30	(0,33)
Nicht-Manuelle*2004	1,61	(0,68)	1,80	(0,84)	1,83	(0,87)
Selbstständige*2004	0,71	(-0,36)	0,82	(-0,21)	0,81	(-0,22)
Meister/Techniker*2004	3,10	(1,43)	3,42	(1,55)	3,59	(1,60)
Facharbeiter*2004	1,65	(0,76)	1,81	(0,89)	1,92	(0,97)
Einfache Arbeiter*2004	5,70**	(2,53)	6,67***	(2,76)	6,87***	(2,77)
Bis 1935			Ref.		Ref.	
1935–45			0,81	(-0,75)	0,82	(-0,71)
1946–53			1,29	(0,79)	1,27	(0,74)
1954–64			1,16	(0,43)	1,14	(0,39)
1965–			1,30	(0,70)	1,25	(0,58)
Mann			Ref.		Ref.	
Frau			1,61**	(2,52)	1,60**	(2,41)
Max. MR			Ref.		Ref.	

Tabelle 2 (Fortsetzung)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
(Fach)Abi o. mehr			0,78	(-1,02)	0,80	(-0,88)
Ganztags et.			Ref.		Ref.	
Halbtags et.			0,93	(-0,23)	0,92	(-0,28)
Schül./Stud./Wehr./Zi.			0,93	(-0,16)	0,83	(-0,42)
Rente/Pension			0,99	(-0,04)	0,90	(-0,36)
Arbeitslos			2,14**	(2,40)	1,85*	(1,90)
Hausfrau/-mann			0,74	(-1,14)	0,67	(-1,45)
EV + unregelm. KG			Ref.		Ref.	
EV + regelm. KG			0,97	(-0,07)	0,95	(-0,14)
KA + regelm. KG			1,81**	(2,28)	1,81**	(2,27)
KA + unregelm. KG			1,59**	(2,56)	1,59**	(2,55)
Andere/keine Konfession			1,49*	(1,87)	1,49*	(1,86)
1. Einkommensquintil					Ref.	
2. Einkommensquintil					0,86	(-0,71)
3. Einkommensquintil					0,63*	(-1,95)
4. Einkommensquintil					0,74	(-1,25)
5. Einkommensquintil					0,69	(-1,29)
Ungleichheitsbewertung					1,13	(0,93)
Konstante	0,13***	(-4,91)	0,09***	(-4,95)	0,09***	(-4,09)
n	2987		2987		2987	
McFadden Pseudo R^2	0,06		0,13		0,16	
Nagelkerke Pseudo R^2	0,16		0,32		0,38	

Odds-Ratios; t -Werte in Klammern.

Quelle: ALLBUS 1984–2006, gewichtet.

* $p < 0,10$, ** $p < 0,05$, *** $p < 0,01$

werden: Die klassenspezifische Strukturierung des Wahlverhaltens nimmt in Westdeutschland in der Abfolge der Jahre 1984, 1994 und 2004 nicht ab.²⁵

Bezüglich der Wahlenthaltung unterscheidet sich im Jahr 1984 nur eine Klasse von den anderen: Für einfache Arbeiter ist die Chance der Wahlenthaltung statt der Wahl der SPD besonders gering (Tabelle 2, Modell 2). Hier wirkt sich die ausgeprägte Präferenz für die „Partei der Arbeiterklasse“ auch auf die Wahlteilnahme aus. Im Jahr 2004 jedoch kehrt sich diese Tendenz um und gerade die einfachen Arbeiter gehen besonders häufig nicht zur Wahl, anstatt die

SPD zu wählen. Es scheint bei dieser Gruppe tatsächlich so etwas wie ein enttäuschter Rückzug von der SPD stattgefunden zu haben, der mangels Alternativen in eine politische Abstinenz führte. Hypothese 5 kann damit bestätigt werden: Beschäftigte in AG-AN-Beziehungen weisen in Westdeutschland im Jahr 2004 eine besonders starke Neigung zur Wahlenthaltung statt zur Wahl der SPD auf.

6. Schluss

In diesem Aufsatz wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die Individualisierungsthese von Ulrich Beck in den letzten drei Jahrzehnten im sozio-politischen Bereich zutrifft. Hierzu wurde die Entkopplung der Klassenzugehörigkeit von der Bewertung sozialer Ungleichheit einerseits und vom Wahlverhalten andererseits in den Jahren 1984, 1994 und 2004 in Westdeutschland untersucht. Es zeigte sich, dass es bei der Bewertung sozialer Ungleichheit tatsächlich zu einer Entkopplung gekommen ist, nicht

²⁵ Für die übrigen, nicht berichteten Parteienkontraste ergeben sich ebenfalls kaum Veränderungen. Darüber hinaus zeigt auch die Entwicklung des R^2 in (hier nicht berichteten) multinomialen logistischen Regressionsanalysen für die einzelnen Jahre eine relative Konstanz an. Hier sinkt das Nagelkerke R^2 der Modelle, die nur die modifizierten EGP-Klassen berücksichtigen, zwar von 0,12 im Jahr 1984 auf 0,08 im Jahr 1994. Es erreicht im Jahr 2004 jedoch erneut den Ausgangswert von 0,12.

hingegen beim Wahlverhalten. Zwei Besonderheiten sind hierbei festzuhalten: *Erstens* erfolgte die Entkopplung der Klassenlage von den Ungleichheitsbewertungen unter einem allgemeinen Anwachsen ungleichheitskritischer Einstellungen, was als eine Demokratisierung von realen Betroffenheiten und (imaginierten) Bedrohungen durch den Rückbau des Sozialstaates und die Stagnation des Realeinkommens interpretiert werden kann: Auf der einen Seite finden sich Klassen, die von beiden Entwicklungen besonders stark objektiv betroffen sind, während sich auf der anderen Seite Klassen finden, die zwar nicht (oder kaum) objektiv betroffen sind, die Veränderung in den übrigen Klassen jedoch als Bedrohung ihres sozialen Status empfinden. In dieser Hinsicht ist es also in der Tat zu einer Individualisierung des Risikos gekommen, die mit einer Entstrukturierung der Ungleichheitsbewertungen einhergeht. *Zweitens* kann unter der relativ konstanten Klassenstrukturierung des Wahlverhaltens ein enttäuschter Rückzug der einfachen Arbeiter von der SPD festgestellt werden, der zu einer Wahlenthaltung führt und ebenfalls mit dem Rückbau des Sozialstaates und der Stagnation des Realeinkommens zusammenzuhängen scheint. Gerade für Angehörige dieser hinsichtlich zahlreicher Arbeits- und Erwerbsaspekte stark benachteiligten Klasse wird es immer unwahrscheinlicher, dass sich besonders kritische Haltungen herausbilden, die sich dann auch in Wahlhandlungen übersetzen lassen. Wahlenthaltungen in dieser Gruppe dürften zudem dazu führen, dass deren Belange immer weni-

ger von den politischen Parteien bearbeitet werden. Inwieweit von einer allgemeinen ungleichheitskritischen Stimmung eine Verbesserung der Lage dieser Bevölkerungsgruppe zu erwarten ist, bleibt ungewiss. Eine höhere Wahlbeteiligung allein scheint zumindest selten einen veränderten Wahlausgang zur Folge zu haben (Kohler 2011). Insgesamt legen die Unterschiede zwischen Einstellungen und Wahlverhalten die Vermutung nahe, dass die entstrukturierten kritischen Einstellungen – ob auf Grund fehlender politischer Alternativen oder auf Grund längerfristiger sozialisatorischer Parteibindungen – keine generelle Entstrukturierung des Wahlverhaltens erzeugen können.

Für die soziologische Ungleichheitsforschung zeigt sich schließlich, dass tatsächlich ein gewisser Zusammenhang von Struktur-, Bewusstseins- und Handlungsebene feststellbar ist. Dieser Zusammenhang ist allerdings im Rahmen der hier gewählten Operationalisierung nicht sehr stark ausgeprägt. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die EGP-Klassen die Wahlabsicht immer noch recht gut erklären können, während sie immer weniger in der Lage sind, unterschiedliche Ungleichheitseinstellungen einzufangen. Dieses Ergebnis ergibt sich auch für Analysen der Bewertung des Statuserwerbs (Lux 2009). Der Frage, ob alternative Konzepte diesbezüglich bessere Erklärungsleistungen bieten, könnte durch einen diachronen Vergleich unterschiedlicher Ungleichheitskonzepte nachgegangen werden. Dieser Vergleich steht noch aus.

Anhang

Berücksichtigte Variablen (Spaltenprozentage der jew. Jahre)

	1984	1994	2004
<i>Wahlabsicht</i>			
CDU/CSU	42,8	32,6	43,7
SPD	37,5	36,5	20,5
FDP	4,9	8,3	7,6
Die Gruenen	9,6	13,8	11,7
Wahlenthaltung	5,2	8,9	16,6
<i>Soziale Klasse</i>			
Administrative Dienste	16,9	18,3	16,8
Experten	5,0	5,1	6,2
Soziale Dienstleistungen	9,8	10,6	10,7
Nicht-Manuelle mit Routinetätigkeit	16,2	12,8	14,2
Selbstständige	9,1	10,1	9,5
Leitende Arbeiter/Techniker	9,2	8,9	8,2
Facharbeiter	17,1	18,9	18,2
Einfache Arbeiter/Landarbeiter	16,7	15,3	16,2

	1984	1994	2004
<i>Geburtskohorte</i>			
Bis 1935	40,2	25,0	13,2
1935–45	21,9	19,3	18,5
1946–53	14,5	13,5	11,2
1954–64	19,8	23,1	23,0
1965–	3,6	19,2	34,1
<i>Geschlecht</i>			
Mann	49,8	51,0	49,5
Frau	50,2	49,0	50,5
<i>Bildung</i>			
Weniger als (Fach-)Hochschulreife	81,9	79,3	74,8
(Fach-)Hochschulreife oder mehr	18,1	20,7	25,2
<i>Erwerbssituation</i>			
Ganztags hauptberuflich erwerbstätig	39,7	49,5	41,1
Halbtags hauptberuflich erwerbstätig	5,4	7,2	9,1
Schüler/Student/Wehr- & Zivildienst	9,3	4,3	5,3
Rente/Pension	18,1	20,6	24,9
Arbeitslos	3,6	3,5	4,0
Hausfrau/-mann	20,8	12,6	12,3
Anderweitig nicht erwerbstätig	3,1	2,2	3,3
<i>Religion</i>			
Evangelisch & regelm. Kirchgang	5,9	6,1	7,7
Evangelisch & kein regelm. Kirchgang	40,3	37,1	32,4
Katholisch & regelm. Kirchgang	21,9	16,0	16,4
Katholisch und kein regelm. Kirchgang	22,9	27,9	24,1
Andere oder keine Religion	9,0	12,8	19,3
<i>Einkommensquintile¹</i>			
1	20,3	20,0	20,3
2	21,3	20,5	19,7
3	18,6	19,5	20,1
4	20,3	20,9	20,1
5	19,5	19,1	19,8
<i>Gewinne werden gerecht verteilt</i>			
Stimme voll zu	7,2	4,3	2,0
Stimme eher zu	29,9	24,6	14,7
Stimme eher nicht zu	44,0	49,7	54,4
Stimme gar nicht zu	18,9	21,4	28,9
<i>Soziale Unterschiede sind gerecht</i>			
Stimme voll zu	10,5	9,2	6,2
Stimme eher zu	36,7	35,9	28,1
Stimme eher nicht zu	36,2	38,9	46,1
Stimme gar nicht zu	16,6	16,0	19,7
<i>Ungleichheit nicht weiter reduzierbar</i>			
Stimme voll zu	15,9	11,5	9,5
Stimme eher zu	39,1	37,9	35,8
Stimme eher nicht zu	32,4	37,0	42,7
Stimme gar nicht zu	12,6	13,6	12,0
<i>Ungleichheitsbewertung (Indexwert)</i>	2,58	2,67	2,82
<i>Ungleichheitsbewertung (Standardabweichung)</i>	0,70	0,64	0,57

Quelle: ALLBUS 1984–2006, gewichtet. 1– Nettoäquivalenzeinkommen, mod. OECD-Skala.

Literatur

- Atkinson, W., 2007: Beck, Individualization and the Death of Class: A Critique. *British Journal of Sociology* 58: 349–366.
- Beck, U., 1983: Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35–74 in R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen: Schwartz.
- Beck, U., 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, U. & E. Beck-Gernsheim, 1994: Individualisierung in modernen Gesellschaften - Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. S.10–25 in: U. Beck & E. Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, U., 2001: Das Zeitalter des ‚eigenen Lebens‘. Individualisierung als ‚paradoxe Sozialstruktur‘ und andere offene Fragen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29/2001: 3–6.
- Beck, U., 2007: *Beyond Class and Nation: Reframing Social Inequalities in a Globalizing World*. *British Journal of Sociology* 58: 680–705.
- Berger, P.A., 1996: Individualisierung. Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt. Opladen: Leske+Budrich.
- Burkart, G., 1998: Individualisierung und Elternschaft. Eine empirische Überprüfung der Individualisierungsthese am Beispiel USA und ein Systematisierungsvorschlag. S.107–141 in: J. Friedrichs (Hrsg.), *Die Individualisierungsthese*. Opladen: Leske+Budrich.
- Delhey, J., 1999: *Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond*. WZB Discussion Paper FS III 99–403. Berlin: WZB.
- Diekmann, A., 2003: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbeck: Rowohlt.
- Erikson, R., J.H. Goldthorpe & L. Portocarero, 1979: Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies: England, France and Sweden. *British Journal of Sociology* 30: 415–441.
- Erikson, R. & J.H. Goldthorpe, 1992: *The Constant Flux: A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford: University Press.
- Evans, G., 1993: *The Decline of Class Divisions in Britain? Class and Ideological Preferences in the 1960s and the 1980s*. *British Journal of Sociology* 44: 449–471.
- Gattig, A., 2006: *Klasseneinflüsse auf das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung. Resultate aus der Bundesrepublik Deutschland und den USA*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58: 510–533.
- Geißler, R., 1996: *Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 319–338.
- Geißler, R., 1998: *Das mehrfache Ende der Klassengesellschaft. Diagnosen sozialstrukturellen Wandels*. S. 207–233 in J. Friedrichs, K.U. Mayer & M.R. Lepsius (Hrsg.), *Die Diagnosefähigkeit der Soziologie*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 38*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gellert, C., 1996: *Das Ende der Klassengesellschaft? Überlegungen zur Individualisierung sozialer Strukturen*. *Leviathan* 24: 573–586.
- Gesis, 2011: ALLBUS Studienprofile, <http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragedaten/allbus/studienprofile/?L=>, Zugriff: 05.06.2011.
- Goebel, J., M. Goring & H. Häußermann, 2010: *Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert*. *DIW Wochenbericht* 24/2010: 2–8.
- Goldthorpe, J. H., 2000: *On Sociology*. Oxford: Oxford University Press.
- Groh-Samberg, O., 2004: *Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56: 653–682.
- Grusky, D. B. & J. B. Sørensen, 1998: *Can Class Analysis Be Salvaged?* *American Journal for Sociology* 103: 1187–1234.
- Hagelstange, T., 1998: *Was nützt ein Klassenkonzept bei der Erklärung von Einkommens- und Bewußtseinsunterschieden in entwickelten Industriegesellschaften?* S. 27–54 in: V.M. Bader, A. Benschop, M. Krätke & W. Van Treek (Hrsg.), *Die Wiederentdeckung der Klassen*. Berlin: Argument.
- Haller, M., B. Mach & H. Zwicky, 1995: *Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleichs*. S.221–264 in: H.-P. Müller & B. Wegener (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Opladen: Leske+Budrich.
- Inglehart, R., 1983: *Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften*. *Politische Vierteljahresschrift* 24: 139–165.
- Jaccard, J., R. Turrissi & C.K. Wan, 1990: *Interaction Effects in Multiple Regression*. Thousand Oaks: Sage.
- Jaccard, J., 2001: *Interaction Effects in Logistic Regression*. Thousand Oaks: Sage.
- Juhász, Z., 1993: *Wahlabsicht und Rückerinnerung – zwei Angaben zur aktuellen Bewertung der politischen Parteien?* S.27–49 in: O.W. Gabriel & K.G. Troitzsch (Hrsg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt a.M.: Lang.
- Koch, A., 1993: *Sozialer Wandel als Artefakt unterschiedlicher Ausschöpfung? Zum Einfluss von Veränderungen der Ausschöpfungsquote auf die Zeitreihen des ALLBUS*. *ZUMA-Nachrichten* 33: 83–113.
- Koch, A. & M. Wasmer, 2004: *Der ALLBUS als Instrument zur Untersuchung sozialen Wandels: Eine Zwischenbilanz nach 20 Jahren*. S.13–41 in: R. Schmitt-Beck, M. Wasmer & A. Koch (Hrsg.), *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden: VS.
- Kohler, U., 2002: *Methodischer Anhang zu ‚Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz‘*, <http://www.wzb.eu/~kohler/publications/klassenkampf/index.htm>, Zugriff: 15.06.2008.

- Kohler, U. & F. Kreuter, 2006: Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. München & Wien: Oldenbourg.
- Kohler, U., 2011: Estimating the Potential Impact of Non-voters on Outcomes of Parliamentary Elections in Proportional Systems with an Application to German National Elections. *Electoral Studies* 30: 497–509.
- Koppetsch, C., 2010: Jenseits der individualisierten Mittelstandsgesellschaft? Zur Ambivalenz subjektiver Lebensführung in unsicheren Zeiten. S.225–243 in: P.A. Berger & R. Hitzler (Hrsg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert ‚jenseits von Stand und Klasse‘?* Wiesbaden: VS.
- Lengfeld, H. & J. Hirschele, 2009: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007. *Zeitschrift für Soziologie* 38: 379–398.
- Long, S.J. & J. Freese, 2006: *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Lux, T., 2009: Jenseits oder diesseits von Klasse und Stand? Eine empirische Inspektion der Beckschen Individualisierungsthese am Beispiel von Einkommensungleichheit, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Wahlverhalten in drei Jahrzehnten. Berlin: Freie Universität (unveröffentlichte Diplomarbeit).
- Mau, S., 1997: Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. WZB Discussion Paper FS III 1997–401. Berlin: WZB.
- Müller, W., 1993: Social Structure, Perception and Evaluation of Social Inequality and Party Preferences. S.94–117 in: D. Krebs & P. Schmidt (Hrsg.), *New Directions in Attitude Measurement*. Berlin & New York: de Gruyter.
- Müller, W., 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 3–46.
- Nieuwebeerta, P. & W. Ultee, 1999: Class Voting in Western Industrialized Countries, 1945–1990: Systematizing and Testing Explanations. *European Journal of Political Research* 35: 123–160.
- Nieuwebeerta, P. & J. Manza, 2002: Klassen-, Religions- und Geschlechterspaltungen: Parteien und Gesellschaften in vergleichender Perspektive. S.247–278 in: F. Brettschneider, J. von Deth & E. Roller (Hrsg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich.
- Noll, H.-H. & B. Christoph, 2004: Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit. Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. S.97–125 in: R. Schmitt-Beck, M. Wasmer & A. Koch (Hrsg.), *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden: VS.
- Otte, G., 2010: ‚Klassenstruktur‘ und ‚Individualisierung‘ als soziologische Mythen? Ein Zeitvergleich des Musikgeschmacks Jugendlicher in Deutschland, 1955–2004. S.73–95 in: P.A. Berger & R. Hitzler (Hrsg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert ‚jenseits von Stand und Klasse‘?* Wiesbaden: VS.
- Pape, S., J. Rössel & H. Solga, 2008: Die visuelle Wahrnehmbarkeit sozialer Ungleichheit. Eine alternative Methode zur Untersuchung der Entkopplungsthese. *Zeitschrift für Soziologie* 37: 25–41.
- Scherger, S., 2007: Destandardisierung, Differenzierung, Individualisierung. Westdeutsche Lebensläufe im Wandel. Wiesbaden: VS.
- Schnell, R. & U. Kohler, 1998: Eine Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. S.221–247 in: J. Friedrichs (Hrsg.), *Die Individualisierungsthese*. Opladen: Leske + Budrich.
- Sopp, P.M., 2005: *Abspaltung oder Polarisierung? Einkommensungleichheit und Einkommensmobilität in Deutschland 1984–2000*. Berlin: Logos.
- Trometer, R., 1993: Die Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS. ZUMA-Arbeitsbericht Nr.93/06.
- Vester, M., P. von Oertzen, H. Geiling, T. Hermann & D. Müller, 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Vester, M., 2010: Ulrich Beck und die zwei Marxismen. Ende oder Wandel der Klassengesellschaft? S.29–50 in: P.A. Berger & R. Hitzler (Hrsg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert ‚jenseits von Stand und Klasse‘?* Wiesbaden: VS.
- Wirth, H. & P. Lüttinger, 1998: Klassenspezifische Heiratsbeziehungen im Wandel? Die Klassenzugehörigkeit von Ehepartnern 1970 und 1993. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 48–77.
- Wohlrab-Sahr, M., 1997: Individualisierung: Differenzierungsprozeß und Zurechnungsmodus. S.307–315 in: U. Beck & P. Sopp (Hrsg.), *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus*. Opladen: Leske+Budrich.
- Wright, E.O., 1997: *Class Counts: Comparative Studies in Class Analysis*. Cambridge: University Press.
- Zerger, F., 2000: *Klassen, Milieus und Individualisierung. Eine empirische Untersuchung zum Umbruch der Sozialstruktur*. Frankfurt a.M. & New York: Campus.
- Zinn, J., 2002: Konzeptionelle Überlegungen und eine empirische Strategie zur Erforschung von Individualisierungsprozessen. *Historical Social Research* 27: 22–84.

Autorenvorstellung

Thomas Lux, geb. 1979 in Rudolstadt. Studium der Soziologie an der Freien Universität Berlin. Von 2009 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und freier Mitarbeiter am European University Institute in Fiesole/Florenz. Seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen (Emmy Noether-Nachwuchsforschungsgruppe „Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze im deutsch-britischen Vergleich“) und Affiliated Fellow an der Bremen International Graduate School of Social Sciences.

Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Lebenslaufsoziologie, Generationen, Erwerbstätigkeit im Ruhestand, Methoden der empirischen Sozialforschung.

Wichtigste Publikationen: Einfluss von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensverteilung (mit H. Künemund & J. Schupp), in: C. Vogel, H. Künemund & U. Fachinger (Hrsg.): Die Relevanz von Erbschaften für die Alterssicherung, Berlin 2010; Erbschaftsgeschehen und -erwartungen in europäischer Perspektive (mit M. Kohli & C. Vogel), in: C. Vogel, H. Künemund & U. Fachinger (Hrsg.): Die Relevanz von Erbschaften für die Alterssicherung, Berlin 2010.